



Gemeinsam für den sozialen Zusammenhalt

Berlin packt Bekämpfung von Armut und Obdachlosigkeit an

Für viele Berliner*innen reicht das Geld kaum zum Leben. Ihnen fehlt erst recht das Geld für's Museum, Schwimmbad oder den Bus. Betroffen sind Rentner*innen, die Grundsicherung erhalten, oder Erwerbslose, aber auch Menschen mit geringem Verdienst. Denn prekäre Arbeit nimmt zu.

Die Teilhabe aller, die Bekämpfung und Verhinderung von Armut hat deshalb für die rot-rot-grüne Koalition in Berlin einen hohen Stellenwert. So können ab 1. Februar mehr Menschen den BerlinPass nutzen. Wohngeldbeziehende kommen nunmehr in den Genuss der vielfältigen Vergünstigungen des Berlinpass. Dazu gehört auch das Sozialticket. Aber auch für Ältere und Menschen mit Einschränkungen ist Mobilität zentral. Deshalb haben wir die Mobilitätshilfsdienste verstetigt.

Die Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit ist eine der drängendsten Probleme in unserer Stadt. Gemeinsam mit allen Akteuren aus diesem Bereich erarbeiten wir nunmehr eine gesamtstädti-

sche Strategie. Aber schon jetzt beginnen wir mit Verbesserungen: Die Mittel für die Wohnungslosenhilfe wurden fast verdoppelt. So kann das Unterstützungsangebot ausgebaut und zum Beispiel die geringe Zahl von 30 Unterkunftsplätzen für Familien mit Kindern auf 100 aufgestockt werden. Zudem bringt die seit Januar geltende AV Wohnen, in der die Kosten der Unterkunft für Menschen im Leistungsbezug geregelt sind, für viele eine Erleichterung.

Schließlich ist die soziale Infrastruktur mit ihren vielfältigen Angeboten eine gute Basis, um Armut entgegenzuwirken. Deshalb haben wir hierfür die Mittel um 10 auf 27,5 Millionen aufgestockt. Auch die bezirklichen Schuldner- und Insolvenzberatungen erhalten 1,2 Millionen mehr und 2,1 Millionen stellen wir für eine unabhängige Sozialberatung bereit.



Elke Breitenbach
Senatorin für Arbeit, Integration und Soziales

> Mieten I

Auch in Weißensee gibt es kein Halt vor Verdrängung. Die Deutsche Wohnen greift nach den Kleinen. Die Miete soll von 330 auf 515 Euro warm steigen.

[weiter auf Seite 3](#)

> Mieten II

Pankow hat erstmals vom Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht. Damit legt sich der Bezirk mit Immobilien-Spekulanten an. Ein wichtiges Signal gegen Verdrängung.

[weiter auf Seite 5](#)

> Berlin

Nicht egal, wer regiert. Rot-Rot-Grün in Berlin bezahlt Lehrkräfte besser, Öffis für Einkommensschwache werden billiger und Armut wird der Kampf angesagt.

[weiter auf Seite 6](#)

> Zukunft für Kleingärten

Ein großer Erfolg war der Beschluss eines Antrages der Linksfraktion. Die BVV ersucht damit das Bezirksamt, in Zusammenarbeit mit den Kleingartenverbänden und dem Kleingartenbeirat neue Flächen für Kleingartenanlagen auszuweisen und zur langfristigen Sicherung vorzuschlagen. In den letzten Jahren standen immer wieder Kleingärten zur Disposition. Fred Bordfeld, stadtentwicklungspolitischer



Sprecher der Linksfraktion dazu: »Es gibt ca. 10.500 Kleingärten im Bezirk Pankow und wir sorgen dafür, dass das so bleibt«.

> Leerstand beenden

Der jahrelange Leerstand des Wohnhauses Smetanastr. 23 / Meyerbeerstr. 78 im Komponistenviertel ist in Anbetracht des Wohnraummangels nicht hinnehmbar. Deshalb setzt sich die Linksfraktion beim Bezirksamt dafür ein, dem Leerstand ein Ende zu bereiten und das Haus durch Zwangsmaßnahmen wieder als Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

> Tempo 30

In einem gemeinsamen Antrag der Linksfraktion mit den Grünen und der SPD geht es um die unverzügliche Wiederanordnung der ganztägigen Tempo-30-Zone im Straßenzug Behmstraße (inklusive Brücke) / Schivelbeiner Straße. Diese wurde im Zuge der Bauarbeiten an der Bösebrücke teilweise aufgehoben und ist aus unerfindlichen Gründen nicht wieder angeordnet worden.

Einladung BVV-Sitzung

am 21. Februar 2018

> 13. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal, in der Fröbelstraße 17

Tucholsky wieder hauptamtlich

Aus 12. Tagung der BVV Pankow am 17. Januar

Die reguläre Tagesordnung der 12. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow begann mit der Fragestunde der Einwohnerschaft. Themen

Zu den positiven Nachrichten im Bezirk gehört, dass die Kurt-Tucholsky-Bibliothek am 9. Januar feierlich in das Netz der Stadtbibliothek Pankow zurückgekehrt



Kurt-Tucholsky-Bibliothek ist zurück im Netz der Stadtbibliotheken Pankow

waren die Pläne zur Zukunft des »Pankower Tors«, die Situation beim Schwimmen, Baugenehmigung und Milienschutz. Die Frage, warum es in Pankow so lange dauert, bis »Fahrradleichen« aus dem Straßenraum entfernt werden, konnte AfD-Stadtrat Krüger nur unbefriedigend beantworten.

In seinem Bericht betonte Pankows Bezirksbürgermeister Sören Benn (LINKE), dass bei Straßenbauarbeiten in der Stahlheimer Straße im Prenzlauer Berg in den nächsten Monaten 20 Bäume gefällt werden. Ersatzpflanzungen sind vorgesehen. Voran geht es ja seit Jahren, nur ist beim Projekt »Pankower Tor« bislang kaum ein zählbares Ergebnis erreicht. Der Bürgermeister wird den Prozess der Abstimmung zwischen Bezirk, Land und Investor zukünftig unterstützen und koordinieren. Dabei ist ihm Glück zu wünschen.

Bevor es eine langfristige, vertragliche Einigung mit der Grün Berlin GmbH bezüglich der Botanischen Anlage Blankenfelde gibt, müssen noch Fragen geklärt und auch der Beirat der BVV einbezogen werden. Deshalb wurde der bestehende Vertrag um sechs Monate verlängert.

ist. Sören Benn würdigte das große Engagement der Ehrenamtlichen, die diese Kiezbibliothek zehn Jahre lang betrieben und erfolgreich am Leben gehalten haben: »Pankow ist auch ein konservativer Bezirk – was gut ist, bleibt erhalten!«

Bezahlbare Arbeitsräume für Künstler*innen sind in Berlin rar. Es freut uns, dass der Senat die bestehenden Ateliers in der Prenzlauer Promenade 149-152 erhalten will und weitere an diesem Ort geschaffen werden. Um die Barrierefreiheit auf allen Etagen des Atelierhauses Prenzlauer Promenade sicherzustellen, forderte die BVV das Bezirksamt auf, sich bei den zuständigen Senatsverwaltungen dafür einzusetzen, dass bei den Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen von Anfang an Mindeststandards für Barrierefreiheit erreicht werden. Der Antrag, der auf Initiative der Linksfraktion entstand und von den Grünen und der SPD mitunterzeichnet wurde, wurde einstimmig von der BVV beschlossen.



Matthias Zarbock
Vorsitzender der Linksfraktion

Geförderte Verdrängung

Mieter in Weißensee unter Druck

Als der Umschlag mit dem Packen Papier im August des vergangenen Jahres im Briefkasten lag, ahnten die meisten Mieterinnen und Mieter in der Wohnanlage

beratschlagt, wie es weitergehen soll. Doch die Beratungen und Konsultationen sind oft ernüchternd, denn die Deutsche Wohnen macht mit ihrem Sanierungsvor-

Es überrascht daher, dass die SPD in den Sondierungen zu einer neuen Koalition da nur vage Verabredungen getroffen hat. Man wolle erst einmal evaluieren, anderes



Wohnkomplex an der Schönstraße in Weißensee vor der Sanierung

an der Großen See-Straße/Schönstraße in Weißensee bereits nichts Gutes. Und in der Tat – das Konvolut war eine Modernisierungsankündigung der Vermieterin Deutsche Wohnen. Insbesondere die neue Heizung und die energetische Sanierung werden, so ist zu lesen, nach Abschluss der Bauarbeiten die Miete deutlich in die Höhe treiben. Beträgt zum Beispiel die Grundmiete einer 40-m²-Einraumwohnung 240 Euro, sollen nach der Sanierung 125 Euro dauerhaft drauf gepackt werden. Und weitere 55 Euro werden zusätzlich als Vorauszahlungen für Heizkosten und Warmwasser fällig. Hat die Wohnung bis dato 330 Euro gekostet, werden künftig 515 Euro fällig.

Über 250 Wohnungen sind von dieser Modernisierung betroffen, in denen überwiegend Menschen mit geringem Einkommen wohnen, Studierende, Rentner*innen, ALG-II-Empfänger*innen. Etliche von ihnen haben sich zu einer Initiative zusammengefunden, die sich regelmäßig trifft und

haben im Grunde das, was der deutsche Staat mit seinen Gesetzen zum Mietrecht und zur energetischen Erneuerung befördert. Eine Verdrängung der Schwächsten, nicht wenige der bisherigen Mieter*innen ergriffen bereits die Flucht, wird dabei billigend in Kauf genommen. Dieser Wegzug wiederum hat noch verheerendere Folgen. Eine leere Einraumwohnung im bereits sanierten Block auf der anderen Straßenseite, so berichten es Anwohner*innen, werde von der Deutschen Wohnen für 600 Euro angeboten.

Berlins Mieterinnen und Mieter erfahren einen nie gekannten Druck. Was sich zunächst auf Szenelagen wie Prenzlauer Berg, die alte Mitte oder auch Kreuzberg beschränkte, hat längst die gesamte Stadt ergriffen. Und Berlin ist da nicht allein, München, Hamburg, Köln und andere Städte leiden zunehmend unter dem enormen Preisanstieg beim Wohnen. Ein bundesweites Problem.

prüfen. Ganze 17 Zeilen hatte man in der Übereinkunft für Mietpolitik übrig. Dabei liegen Vorschläge, den Mietenanstieg zu bremsen, auf dem Tisch: Die Modernisierungsumlage könnte von derzeit 11 Prozent um mehrere Prozentpunkte gesenkt und nach zehn Jahren ganz aus der Miete herausgenommen werden. Die Kosten der energetischen Sanierung dürften nur im Rahmen der daraus resultierenden Energie- und damit Kosteneinsparung an die Mieter weitergereicht werden. Und die Warmmiete nach Sanierung sollte 30 Prozent des jeweiligen Nettoeinkommens nicht überschreiten.

Doch selbst wenn man sich wider Erwarten auf ein solches Mietrecht verständigen würde, für die Weißenseer und viele andere wäre es zu spät. Und das ist bitter.



Hartmut Seefeld

Ausgezeichnetes Pankow

Bürger-Engagement fürs Denkmal

Zwei Projekte aus Prenzlauer Berg und Wilhelmsruh wurden in diesem Jahr durch den Berliner Kultursenator Klaus Lederer

Auf der einen Seite die Eigentümerin der Sprachenschule GLS Barbara Jaeschke, die in den vergangenen fünf Jahren ge-



Das Stadtbad Oderberger Straße zur feierlichen Eröffnung im Herbst 2016

(LINKE) mit dem Denkmalpreis des Landes Berlin, der Ferdinand-von-Quast-Medaille, ausgezeichnet. Die beiden Preisträger können unterschiedlicher nicht sein.

meinsam mit ihrem Mann das 1986 geschlossene Stadtbad Oderberger Straße revitalisierte und es auf eigenes wirtschaftliches Risiko zu einem der begehr-

testen Veranstaltungsorte in Prenzlauer Berg machte. Sie kam in den 1980er Jahren aus Niedersachsen nach Westberlin und etablierte 2005 ihre Schule an der Kastanienallee.

Auf der anderen Seite die erfolgreiche Rock-Band Rammstein, die auf dem früheren Areal von Bergmann-Borsig eine alte Industriehalle als Lagerort für ihr Equipment denkmalgerecht sanieren ließ. Der Standort ist quasi die Heimstatt der Band, auf dem Gelände nutzen die Rocker, die aus der DDR-Punk-Band Feeling B hervorgingen, auch Probenräume und ihre Unternehmungen haben dort ihre Büros. Keyboarder Flake ließ es sich nicht nehmen, neben seinem Manager den Preis in Empfang zu nehmen.

Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung und finde es großartig, dass sich sozusagen ostdeutsche Punker und



westdeutsche Bildungsbürger Seite an Seite für den Erhalt von baulichen Zeugnissen der Berliner Geschichte einsetzen.

Stefan Liebich
Mitglied des Bundestages

+ + + Kurz aus dem Kiez + + + Kurz aus dem Kiez + + + Kurz aus dem Kiez + + +

> M1

In einem Antrag, der von SPD, CDU, Grünen und FDP mitgezeichnet wurde, fordert die Linksfraktion die Verlegung der Straßenbahnhaltestellen der Linie M1 Mi-lastraße und Schönhauser Allee / Bornholmer Straße unter das U-Bahn-Viadukt. Damit soll die Sicherheit der Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen erhöht und der Straßenraum der Schönhauser Allee genutzt werden. Der Antrag wurde in den Verkehrsausschuss überwiesen.

> Querparken

In der Heinersdorfer Straße in Weißensee soll nach einem Antrag von Linken, Grünen und SPD zwischen Pistorius- und Langhansstraße abschnittsweise

Querparken angeordnet werden. So soll die Einhaltung der Tempo 30 Zone in diesem Wohngebiet unterstützt werden. Damit wurde ein Vorschlag der Bürgerinitiative »IG Weißenseer Spitze e.V. aufgegriffen.

> Theater o.N.

Der Mietvertrag für das Off-Theater o.N. in der Kollwitzstraße 53 wurde um fünf Jahre verlängert. Vorausgegangen waren monatelange Verhandlungen zwischen dem Theater, der Senatskulturverwaltung und dem Eigentümer. Das Theater muss für besseren Schallschutz sorgen. Die Kosten übernimmt die Senatsverwaltung. Bis Frühjahr gastiert deshalb das Theater an anderen Spielstätten.



> Schlachthof

Der Kaufvertrag mit der Firma UBX2 zum Schlachthofgelände an der Landsberger Allee kann nach Auskunft des Senats nicht mehr rückabgewickelt werden. Die Arbeiten am Bauvorhaben auf dem Grundstück hatten bereits begonnen, so Staatssekretär Sebastian Scheel auf Anfrage der Abgeordneten Katalin Gennburg (beide LINKE). Entstehen soll ein Dienstleistungsstandort mit Läden und Gastronomie.

Rettet die Belforter Straße 16

Kommunales Vorkaufsrecht jetzt auch in Pankow

Der Bezirk Pankow hat für das Grundstück Belforter Straße 16, gelegen im sozialen Erhaltungsgebiet »Kollwitzplatz« im Prenzlauer Berg, erstmals von kommunalem Vorkaufsrecht von Grundstücken Gebrauch gemacht.

Während der 12. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow kam es im Rahmen einer Großen Anfrage der CDU zu einer ausführlichen, mitunter befremdlichen Debatte. Redner von CDU und AfD zeigten dabei erneut, welche Interessen ihnen wichtig sind: Nicht der Schutz des sozialen Zusammenhaltes, sondern

der ungebremsste Markt, der Mieter*innen vertreibt. Die Vertreter*innen der Pankower Zählgemeinschaft - LINKE, SPD, Grüne - begrüßten stattdessen, dass auch im Bezirk Pankow nun dieses Mittel zum Schutz der Bestandsmieter*innen genutzt wird.

Das Vorkaufsrecht ist als Instrument seit langer Zeit fest im Baugesetzbuch verankert, die Anwendung an sich kein ungewöhnlicher Vorgang, sondern reines Verwaltungshandeln. Andersorts wurde das Vorkaufsrecht bereits erfolgreich wahrgenommen. Nach intensiver Prüfung des Ein-

zelfalls und fachlicher Abwägung nun auch in Pankow. Die parteipolitische Distanz zur CDU kann nicht deutlicher werden: Die CDU kämpft für die Profitinteressen eines potentiellen Käufers, der sich nicht zu sozial verträglichem Verhalten gegenüber seiner Mieterschaft verpflichten wollte.

Rot-Rot-Grün sieht eine andere Verantwortung, nämlich die für eine soziale Stadt.



Matthias Zarbock
Vorsitzender der
Linksfraktion

Feindbilder und Konfrontation

Die AfD in der Pankower BVV

Rechtspopulismus basiert auf Feindbildern. Statt auf Dialogbereitschaft wird auf Konfrontation gesetzt. Meinungsfreiheit gilt nur für die eigene Gesinnung.

zieren. Dass Versammlungsfreiheit auch für die Protestierenden galt, wollte die AfD nicht begreifen. Ihr Antrag fand bei der rot-rot-grünen Zählgemeinschaft kei-

Alles, was nicht der Ansicht der AfD entspricht, wird verdächtigt und im Zweifel mit dem Stempel „Linksextremismus“ versehen und angegriffen. Deswegen dürfe der Bezirk solche Einrichtungen nicht fördern. Gemeint sind u.a. die Bunte Kuh oder das Unabhängige Jugendzentrum in Pankow (JUP), die sich als Projektträger der Jugendarbeit seit Jahren für ein gesellschaftliches Miteinander einsetzen und antirassistische Arbeit machen.

Auch auf Landesebene haut die AfD in dieselbe Kerbe. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus solle eingedampft werden. Gefördert werden hierüber u.a. das Jüdische Forum oder die Roma-Selbstorganisation Amaro foro.

Wer sich jedoch für eine offene Gesellschaft einsetzt, ist nicht verdächtig, sondern verdient Solidarität.

Wir unterstützen auch weiterhin Projekte für Demokratie, sozialen Austausch und Zusammenhalt.



Maximilian Schirmer
Bezirksverordneter



Das Unabhängige Jugendzentrum in Pankow

So beantragte die AfD Pankow in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), sich von den Protesten gegen das AfD-Fest im Bürgerpark zu distan-

nen Widerhall. Denn gesellschaftlicher Protest gegen Geschichtsrevisionismus, Rassismus und Hass sind notwendig und richtig.

Sozial und zusammen

Gemeinsam gegen Armut

Armut hat viele Gesichter. Wohnungslose, Hartz IV-Empfänger*innen, Verschuldete und immer mehr Familien. Die rot-rot-grüne Koalition in Berlin hat die Bekämpfung von Armut ganz oben auf die Agenda gesetzt.



Vorhaben für den sozialen Zusammenhalt wurden auf den Weg gebracht.

So gehört der Kampf gegen Wohnungslosigkeit zu den dringendsten Aufgaben. Deshalb hat rot-rot-grün in Berlin die Mittel für die Wohnungslosenhilfe deutlich erhöht. Es werden mehr Unterbringungsmöglichkeiten für von Wohnungslosigkeit bedrohte Frauen und Familien geschaffen. Die Kältehilfe wird ausgebaut, die Straßensozialarbeit und die Bahnhofsmision gestärkt. Es gibt längere Öffnungszeiten des Hygienecontainers für Obdachlose am Bahnhof Zoo, eine Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung wird eingerichtet und der anonyme Krankenschein finanziert.

Durch die neue Wohnkostenregelung (AV Wohnen) werden die Mieten von 86.000 Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften wieder vollständig übernommen. Zudem werden offene Mieterberatungen in allen Bezirken eingerichtet. Empfänger*innen von Transferleistungen sollen durch Kooperationen mit Mieterverbänden einen kostenlosen Mietrechtsschutz bekommen. Ab 2018 wird eine unabhängige Energieschuldenberatung finanziert. Auch die bezirklichen Schuldner- und Insolvenzberatungen sowie die unabhängige Sozialberatung werden ausgebaut.

David Fischer

Referent für Arbeit und Soziales der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Günstig und mobil

Sozialticket auch für Wohngeldempfangende

Empfänger*innen von Wohngeld und DDR-Opferrente sowie NS-Verfolgte fahren seit 1. Februar 2018 günstiger in Berlin. Nunmehr können auch sie das günstige Sozialticket erwerben. Rot-rot-grün in Berlin



hatte bereits im Sommer den Preis des Sozialtickets von 36 auf 27,50 Euro abgesenkt und Preiserhöhungen für das Sozialticket bis 2020 ausgeschlossen.

Grundlage ist der Berlinpass, der beim Bürgeramt ausgegeben wird. Er ermöglicht einkommensschwachen Haushalten wie Hartz IV- oder Sozialhilfeempfänger*innen und nunmehr auch Empfänger*innen von Wohngeld den Zugang zu zahlreichen vergünstigten kulturellen und sozialen Angeboten, bspw. zum Schwimmbad oder eben zum Sozialticket. Bisher profitierten 550.000 Berliner*innen von diesem Angebot. Nunmehr kommen ca. 32.7000 Berliner*innen hinzu.

Mit der Neuregelung leistet der rot-rot-grüne Senat einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt, sagte Sozialsenatorin Elke Breitenbach (LINKE). „Das bedeutet für viele Menschen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation, denn Mobilität ist Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe. Wir konnten damit eine Gerechtigkeitslücke schließen.“ In der Vergangenheit waren wegen der Wohngelderhöhung viele Menschen aus der Sozialhilfe herausgefallen. Das hatte zur Folge, dass sie keinen Anspruch mehr auf das Sozialticket hatten.

Sandra Brunner

Stellv. Vorsitzende DIE LINKE. Berlin

Gut investiert

Grundschullehrkräfte bekommen mehr Geld

Weil dringend Fachkräfte gebraucht werden und weil gleiche Arbeit gleich viel wert ist, bezahlt Berlin Grund- und Oberschullehrkräfte fortan gleich. Das ist nunmehr im Doppelhaushalt 2018/19 auf Initiati-



ve der rot-rot-grünen Koalition verankert. Berlin ist damit das erste Bundesland, das die Zwei-Klassen-Gesellschaft bei der Bezahlung unter den Lehrer*innen beseitigt.

Auch die Gehälter der Lehrkräfte unterer Klassen erhalten diese Anpassung. Dass diese sog. LuK-Lehrer*innen, die als Pädagog*innen in der DDR ausgebildet und als Grundschullehrer*innen nach der Wende übernommen wurden, nun auch von der Gehaltserhöhung profitieren, musste schwer erkämpft werden.

Unser Ziel, alle Schulen - von der Grund- bis zur Berufsschule - mit mindestens einer Stelle für Schulsozialarbeit auszustatten, verfolgen wir weiter. Dass mit dem Landesprogramm Schulsozialarbeit weitere 24 Schulen nunmehr Schulsozialarbeit machen können, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zudem bekommen Schulkollegien Unterstützung in den Sekretariaten, den Verwaltungen und im IT-Bereich.

Besonders wichtig war uns, dass - wie in der Kita - auch der Hort gebührenfrei wird. Dies wird - beginnend mit den ersten und zweiten Klassen - ab 2019 umgesetzt. Denn Bildung muss - von der Krippe bis zur Hochschule - gebührenfrei sein.

Katrin Seidel

Stellv. Fraktionsvorsitzende Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

HEIMAT AUF DEM TELLER

VORTRAG UND PARCOURS DER SINNE

Freitag, 16. Februar, 17 Uhr



Lebensmittel mit Regionalangaben – ein Beitrag zu nachhaltiger Ernährung oder geschickte Werbung?
Das Kommunalpolitische Forum lädt ins Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf, Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

1. Februar • 19 Uhr „Deutsche Waffen für Arabiens Autokraten“, Podiumsdiskussion mit Jan van Aken und Markus Bickel, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1 (S Ostbfh.)

6. Februar • 19:30 Uhr Kneipenabend der BO Merkste selba „Voraussetzungen für Linke – postmodernes Denken?!“, Amalgam-Bar, Lychener Str. 14

12. Februar • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

14. Februar • 19 Uhr „Berliner Immobilienmarkt“, Linke Metropolenpolitik, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (S Schönhauser Allee)

15. Februar • 19 Uhr Neumitgliedertreffen LINKE. Pankow., Bürgerbüro, Erich-Weinert-Str. 6 (S Schönhauser Allee)

19. Februar • 19 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

20. Februar • 19 Uhr „Lieber tot als rot“, Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1914, BAIZ, Schönhauser Allee 26A

21. Februar • 17:30 Uhr 13. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

22. Februar • 15 Uhr „Die Liebe wintert nicht“, Literarisch-musikalisches Programm zu Ehren von Bert Brecht, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (S Schönhauser Allee)

23. Februar • 20:30 Uhr Festival Musik und Politik 2018, Konzert: Wenzel & Mensching, WABE, Danziger Straße 101

26. Februar • 18 Uhr Basistag LINKE. Pankow zum Schulneubau, Karl-Liebkecht-Haus, Rosa-Luxemburg-Saal, Kleine Alexanderstr. 28 (U-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz)

28. Februar • 18 Uhr Buchvorstellung „Sehnsucht nach Menschlichkeit“, Briefwechsel Christa Wolf mit Lew Kopelew 1969-1997, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1 (S Ostbfh.)

5. März • 19 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

12. März • 19 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

16. März • 16:30 Uhr 2. Tagung der 6. Hauptversammlung LINKE. Pankow, u.a. Wahl der Bundesparteitagsdelegierten, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

12. März • 19 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

21. März • 17:30 Uhr 14. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

BÜRGERBÜRO
Carola Bluhm – Katrin Seidel – Udo Wolf
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77

SPRECHSTUNDE
mit Katrin Seidel (Möller)

13. Februar und 6. März, 11 Uhr,
im Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf
Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin,
post@katrinseidel.berlin

Wahlkreisbüro
Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
stefan.liebich@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408 / 409

Ansprechpartner:
Talita Gergely / Diren Yapar

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74
kontakt@linksfraktion-pankow.de

Keine Gerechtigkeit im Wartezimmer

Das neue Jahr 2018 ist nur wenige Tage alt. Der Eiserne Gustav war wieder unsere Begegnungsstätte. Die Wirtin begrüßte uns mit einem Gläschen Sekt und einer Pizza.

Anna begann mit einem Seufzer: „Die Arbeit des Bundestages hat mit der Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan begonnen. Die erste Tat des neuen Bundestages ist eine Kriegsbewilligung. Das Jahrzehnte lange Morden im geschundenen Land wird fortgesetzt. Soll das die nächsten vier Jahre so weitergehen?“

Manfred: „In die gleiche Linie passte das Verhalten der Jamaika-Verhandler. Hubschrauber sollten fliegen, Schiffe schwimmen und Milliarden in die Anschaffung von Rüstungsgütern fließen. Statt Aufrüstungs- sollte es Anschaffungsprogramm genannt werden. Aber dann hatte es sich ausgelindert.“

Klaus räuspert sich: „Die SPD hatte zwar am Wahltag erklärt: Die Suppe esse ich nicht. Ihr Jugendverband sprang ihr bei. Keine GroKo. Aber die laufende Diskussion gegen die SPD und deren staatspolitische Verantwortung war auch recht gehässig und verfehlte ihr Ziel nicht. Was für ein Theater.“

Manfred: „Mit dem neuen Jahr wurde es konkret. Die Bundeskanzlerin rief die SPD. Die CSU wartete schon. Mit Sondierungsgesprächen wurde begonnen. Informationen dazu zunächst unter Verschluss gehalten. Und nun? Die Ergebnisse der rot-schwarzen Verhandlung sind bitter. Mehr Soldaten in Afghanistan, Europa wird weiter abgeschottet, von humaner Flüchtlingspolitik fehlt jede Spur und Rüstung wird weiterhin exportiert.“

Anna aufgeregt weiter: „Vor Beginn sprach die SPD noch von Steuererhöhungen für Reiche. Davon ist nichts mehr übrig. Zur Bekämpfung von prekärer Beschäftigung findet man nichts im Sondierungspapier. Noch im Wahlprogramm und dem Start der Sondierung war die Forderung nach einer Bürgerversicherung ganz oben auf dem Zettel der SPD. Auch davon ist nichts übriggeblieben. Also keine Gerechtigkeit im Wartezimmer.“

„Kein Wunder, dass es Kritik aus den eigenen Reihen gibt“, so Manfred. „Und die SPD-Kritiker dürfen sich ausgerechnet von der bayrischen Kleinstpartei auch noch einen Zwergenaufstand nennen lassen.“

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Sebastian Koch

Redaktionsschluß: 18. Januar 2018
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 3.400

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 16. März 2018.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: DIG, Michael van der Meer, Hartmut Seefeld, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Michail Nelken, Sandra Brunner, David Dany, DIE LINKE im Bundestag, Peter Lämmer

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin
IBAN: DE59 100708480525 6078 03
BIC: DEUTDEB110
Bank: Berliner Bank
Verwendungszweck: 505 - 810

Klaus abschließend: „Egal, wie diese Regierungsbildung ausgeht, ob ein Parteitag der SPD und die Mitglieder in einem Mitgliederentscheid, sich für oder gegen die GroKo entscheiden, der Schaden für das Land bleibt. Und das sozialdemokratische Dilemma auch.“

Den Rest aus der Flasche Doppelkorn trinken wir zum Mittagessen bei Frau Wirtin.

Klaus Flemming

★ leicht ★ **SUDOKU – Vitamine für's Gehirn** ★ schwer ★

		6	7				1	
	2	4		5	9		6	
		1			4	2	5	
					5	1		
2	3					9		
			7	2				
9			5				2	
7			2		1			6
			6		7	4		8

				7	2		6	
4		5	6		8			
							3	
			3		2	7		1
							9	7
	8	2			6			
	7	4	5					6
	2	8				9		4
	5			6				8

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.